

Erzbistum im Kreuzfeuer der Politik

Stand: 29.06.2018 | Lesedauer: 3 Minuten

Von Jörn Lauterbach



Stefan Heße, Erzbischof der Diözese Hamburg, kommt in den Reaktionen aus der Politik nicht gut weg

Deutliche Reaktionen auf die Absage der Kirchenführung zum Rettungsplan für die katholischen Schulen. Dem Erzbistum sei der „christliche Kompass“ abhanden gekommen, sagt die SPD. Grüne sprechen von „Spaltung der Kirche“

Die Hamburger Politik ist enttäuscht über den Abbruch der Gespräche zwischen dem Erzbistum und der Hamburger Schulgenossenschaft. „Dass das Erzbistum nun offenbar die Verhandlungen abbricht, ist ein schwerer Schlag für die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer“, sagte Birgit Stöver von der CDU-Fraktion am Freitag. „Wir fordern Senator Rabe auf, nun schnellstmöglich und mit ganzer Kraft nach einer Lösung für die Betroffenen zu suchen.“ Die Grünen-Politikerin Stefanie von Berg sagte: „Dass das Erzbistum dem zivilgesellschaftlichen Engagement der eigenen Mitglieder die kalte Schulter zeigt, birgt die Gefahr einer

Spaltung der Kirche.“

Die SPD-Fraktion Harburg kritisierte, dem Erzbistum sei „der christliche Kompass verloren gegangen“. „Mag es ein interner Machtkampf zwischen Generalvikar und Erzbischof sein oder auch nicht, die Verlierer stehen fest“, hieß es in einer Stellungnahme. „Verloren haben die katholischen Schulen, deren Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer. Verloren haben die Eltern, die ihre Kinder in den kommenden Jahren auf diese Schulen schicken wollten.“

Im Januar hatte das Erzbistum angekündigt, aus Finanznot bis zu acht von 21 katholischen Schulen in Hamburg (<https://www.welt.de/themen/hamburg-staedtereise/>) schließen zu wollen. Nach wochenlangen Verhandlungen mit der Initiative Hamburger Schulgenossenschaft hatten am Dienstag sechs Gremien des Erzbistums für ein Ende der Verhandlungen gestimmt. Das letzte Wort hat nun Erzbischof Stefan Heße. Er wollte die Stellungnahmen der Eltern, Schüler und Mitarbeiter abwarten und dann in der kommenden Woche seine Entscheidung mitteilen.

Parteien sehen „erschreckende Verantwortungslosigkeit“

Für die Grünen steht aber schon fest, dass eine große Chance vertan wurde. „Es gibt innerhalb des Erzbistums Kräfte, die sich generell gegen eine Kooperation sträubten und auch vor einer Diskreditierung der Genossenschaft nicht zurückschreckten. Dies ist umso bitterer, als sich die katholische Kirche nun vor allem aus sozial schwächeren Gebieten zurückziehen wird“, sage Stefanie von Berg, bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Bürgerschaftsfraktion. Dass das Erzbistum dem zivilgesellschaftlichen Engagement der eigenen Mitglieder die kalte Schulter zeige, „birgt die Gefahr einer Spaltung der Kirche. Es ist schade, dass Erzbischof Heße sich offenbar dem Druck der Beratungs-Gremien gebeugt hat“, findet von Berg deutliche Worte. Ähnlich formuliert es die Fraktion der Linken.

„Stück für Stück kommt eine erschreckende Verantwortungslosigkeit, vor allem des Bistums, gegenüber den bedrohten Schulen ans Licht“, sagt Sabine Boeddinghaus, schulpolitische Sprecherin. „Die finanzielle Krise im Bistum ist lange bekannt. Ich habe aber nie den Eindruck bekommen, dass die Zeit für ernsthafte und konstruktive Lösungen genutzt wurde.“ Nun sei der Schulsenator gefordert für Sicherheit zu sorgen, falls jetzt mehr Plätze in den staatlichen Schulen gebraucht werden. „Rabe muss auf die einzelnen Stadtteile abgestimmte regionale Schulentwicklungspläne vorlegen. Die betroffenen Kinder und ihre Eltern brauchen endlich Planungssicherheit.“

Auch Bund der Steuerzahler übt Kritik

Auch der Bund der Steuerzahler mischte sich in die Debatte ein. Lorenz Palte, Landesvorsitzender des Bundes, sagte: „Hier wird ein Konflikt offen auf dem Rücken der Schüler ausgetragen. Wir würden uns wünschen, dass sich der Senat zeitnah noch mal mit der finanziellen Ausstattung privater Schulen auseinandersetzt.“ Es dürfe nicht sein, dass Schüler auf öffentlichen Schulen der Politik mehr wert sind als Schüler auf Privatschulen. „Bis heute sind die öffentlichen Zuschüssen für private Schulen pro Schüler geringer als für Schüler an öffentlichen Schulen“, so Palte.

Das Erzbistum hatte seine ablehnende Haltung gegenüber dem Genossenschaftsplan unter anderem damit begründet, dass das vorgelegte Finanzierungskonzept nicht stimmig sei und dass eine Belegung der Klassen mit mehr Schülern nicht infrage käme. Eigentlich wollte sich die Schulgenossenschaft am Freitag gründen.

Ino/jlau



© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

© Axel Springer SE

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung
– so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/178501590>
